

Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-VO)

RRB Nr. 2004/1560 vom 6. Juli 2004 (Stand 1. Mai 2009)

gestützt auf § 82 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003¹⁾

beschliesst:

1. Geltungsbereich

§ 1. *Allgemeines (§ 3 WoVG)*

Diese Verordnung gilt für den gesamten Geltungsbereich nach § 3 WoVG sowie sinngemäss für die Leistungserbringer, die der wirkungsorientierten Verwaltungsführung aufgrund der Spezialgesetzgebung unterstellt sind, soweit diese nichts anderes bestimmt.

§ 2.²⁾ *Geltung für die Gerichtsverwaltung, die Parlamentsdienste, die Finanzkontrolle und den Beauftragten oder die Beauftragte für Information und Datenschutz*

¹⁾ Die Verordnung gilt sinngemäss für die Gerichtsverwaltung, die Parlamentsdienste, die Finanzkontrolle und den Beauftragten oder die Beauftragte für Information und Datenschutz.

²⁾ Die Gerichtsverwaltungskommission, die Ratsleitung, die Finanzkontrolle und der Beauftragte oder die Beauftragte für Information und Datenschutz bestimmen über die Aufgaben, die in dieser Verordnung dem Departement und dem Regierungsrat zugeordnet sind.

2. Wirkungsorientierte Führung

§ 3. *Controlling (§ 8 WoVG)*

¹⁾ Das Controlling des Regierungsrates umfasst die gesamtstaatlichen Prozesse der politischen Planung, des Vollzugs des Voranschlags und der Geschäftsberichterstattung.

²⁾ Der Regierungsrat beschliesst auf Antrag des Finanzdepartementes über die stufengerechte Ausgestaltung des Controllingsystems und über die erforderlichen Steuerungsmassnahmen sowohl bezüglich der Leistungen als auch der verfügbaren Mittel.

¹⁾ BGS 115.1.

²⁾ § 2 Fassung vom 2. März 2009.

115.11

³ Das Finanzdepartement sorgt für das Controlling des Regierungsrates.¹⁾

§ 4. *Controlling Legislaturplan (§ 8 WoVG)*

¹ Die Berichterstattung zum Legislaturplan erfolgt mit dem nächsten Plan.

² Die Staatskanzlei stellt die einheitliche Berichterstattung sicher.

§ 5. *Controlling Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (§ 8 WoVG)*

¹ Die Berichterstattung zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan erfolgt mit dem nächsten Plan.

² Sie enthält Aussagen zur Zielerreichung, eine Übersicht über die Abweichungen von der ursprünglichen Planung sowie einen Massnahmenplan.

§ 6. *Controlling Globalbudgets (§ 8 WoVG)*

¹ Die Dienststellen erstatten halbjährlich Bericht über das Ergebnis ihres Globalbudgets an den Regierungsrat, die Finanzkontrolle und an die kantonsrätlichen Sach- und Aufsichtskommissionen.

² Die Berichterstattung gibt Auskunft über den Grad der Erreichung der Finanz- und Leistungsziele. Der Halbjahresbericht enthält eine Jahresendprognose. Bei Planabweichungen werden die notwendigen Korrekturmassnahmen aufgezeigt.

§ 7. *Aufgabenbereich (§ 14 WoVG)*

¹ Der Regierungsrat beschliesst für jede Amtsperiode die Aufgabenbereiche.

² Er verteilt die Aufgabenbereiche auf die Departemente und umschreibt die Leistungen, welche aufgrund von Legislaturplan und Integriertem Aufgaben- und Finanzplan jährlich zu erbringen sind.

3. Planungs- und Budgetierungsprozess

§ 8. *Legislaturplan (§ 15 WoVG)*

Die Staatskanzlei bereitet den Legislaturplan zusammen mit den Departementen vor.

§ 9.²⁾ *Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (§ 16 WoVG)*

Das Finanzdepartement bereitet den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan zusammen mit den anderen Departementen vor.

§ 10. *Budgetstruktur (§ 18 WoVG)*

¹ Das Finanzdepartement bereitet die Budgetstruktur zusammen mit den anderen Departementen vor.

² Der Regierungsrat stellt rechtzeitig Antrag an den Kantonsrat.³⁾

³ Die Budgetstruktur gilt für die vier auf das Wahljahr folgenden Kalenderjahre.

¹⁾ § 3 Absatz 3 Fassung vom 2. März 2009.

²⁾ § 9 Fassung vom 2. März 2009.

³⁾ § 10 Absatz 2 Fassung vom 2. März 2009.

§ 11. *Mehrjährige Globalbudgets (§ 20 WoVG)*

¹ Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat jedes Globalbudget, welches in eine neue Globalbudgetperiode startet, einzeln zum Beschluss.

² Die Botschaft enthält insbesondere folgende Angaben:

- a) ...¹⁾
- b) die Produktgruppen mit den dazugehörigen Zielen, Indikatoren und Standards;
- c) die Produkte je Produktgruppe und
- d) den Verpflichtungskredit oder die Ertragsüberschussvorgabe für die Globalbudgetperiode.

§ 12. *Budgetierungsprozess (§ 22 WoVG)*

¹ Der Regierungsrat erlässt Weisungen zur Erreichung der finanziellen und leistungsmässigen Budgetvorgaben.

² Das Finanzdepartement stellt den fristgerechten und zweckmässigen Ablauf des Budgetierungsprozesses sicher.

§ 13. *Geschäftsbericht (§ 24 WoVG)*

¹ Das Finanzdepartement bereitet den Geschäftsbericht zusammen mit den anderen Departementen vor.

² Die Departemente sind für die Vollständigkeit und Richtigkeit ihrer Daten verantwortlich.

4. Steuerung durch den Regierungsrat und die Departemente

§ 14. *Koordination (§ 26 WoVG)*

¹ Der Regierungsrat bezeichnet das für ein Geschäft verantwortliche sowie bei departementsübergreifenden Geschäften das federführende Departement. Das bezeichnete Departement sorgt für die sachgerechte Planung, Koordination und Umsetzung mit andern Dienststellen.

² Die Staatskanzlei führt die Geschäftskontrolle für alle Regierungsgeschäfte.

³ Dienststellen mit departementsübergreifender Fach- oder Prozessverantwortung verfügen über entsprechende Weisungsrechte. Die Departemente werden informiert. Im Konfliktfall entscheidet der Regierungsrat.

§ 15. *Koordinationskommission*

¹ Die Koordinationskommission wirkt im Auftrag des Regierungsrates bei der Planung, bei der Vorbereitung und beim Vollzug seiner Geschäfte mit, bereitet in wichtigen Fragen eine einheitliche Strategie vor und überprüft den Vollzug des Legislaturplanes.

² Der Staatsschreiber oder die Staatsschreiberin führt den Vorsitz.

¹⁾ § 11 Absatz 2 Buchstabe a aufgehoben am 2. März 2009.

115.11

§ 16. Jahresplan (§ 27 WoVG)

¹ Die Ziele des Jahresplanes sind messbar und wirkungsorientiert zu definieren und mit den dafür notwendigen finanziellen Mitteln zu verknüpfen.

² Der Jahresplan ist dem Regierungsrat zur Kenntnis zu bringen.

³ ...¹⁾

⁴ Das erste Planjahr aus dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan kann den Jahresplan ersetzen.²⁾

§ 17. Führung des Departementes und ihm unterstellten Dienststellen (§ 25 WoVG)

¹ Der Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin führt das Departement über Zielvereinbarungen. Soweit erforderlich verfügt er oder sie im Rahmen der Gesetzgebung über uneingeschränkte Weisungs-, Kontroll- und Selbsteintrittsrechte.

² Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin in der Führung des Departementes.

³ Die Linienvorgesetzten führen ihre Dienststellen über Zielvereinbarungen.

§ 18. Leistungs- und Saldozuweisung (28 WoVG)

¹ Werden die Leistungen für ein Globalbudget departementsübergreifend erbracht, entscheidet der Regierungsrat über die Leistungs- und Saldozuweisung auf die einzelnen Leistungserbringer.

² Werden die Leistungen für ein Globalbudget durch mehrere Dienststellen im gleichen Departement erbracht, entscheidet der Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin über die Leistungs- und Saldozuweisung auf die einzelnen Leistungserbringer.

§ 19. Jahreskontrakte (29 WoVG)

¹ Der Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin legt im Jahreskontrakt mit den eigenen Dienststellen sowie in Verträgen mit öffentlichen und privaten Leistungserbringern die leistungsmässigen und finanziellen Jahresziele sowie die Indikatoren und Standards bis auf die Stufe Produkt fest.

² Die Spezialgesetzgebung bleibt vorbehalten.

§ 20. Preisgestaltung gewerbliche Tätigkeit (§ 31 WoVG)

¹ Die Grundlage für die verrechenbaren Kosten für gewerbliche Tätigkeiten bilden die in der Produktgruppenrechnung ausgewiesenen Kosten.

² Die Kosten der Produktgruppenrechnung enthalten

- a) alle Aufwände der Erfolgsrechnung,
- b) die internen Verrechnungen,
- c) die Overheadkosten sowie
- d) die übrigen Abgrenzungen zwischen der Finanzbuchhaltung und der Produktgruppenrechnung.

¹⁾ § 16 Absatz 3 aufgehoben am 2. März 2009.

²⁾ § 16 Absatz 4 angefügt am 2. März 2009.

³ Zur Erzielung marktgerechter Preise kann der Regierungsrat die Kosten der Produktgruppenrechnung um einen Zuschlag erhöhen. Er legt diesen Zuschlag mit der Bewilligung der gewerblichen Tätigkeit fest.

§ 21. *Aufträge an Dritte (§ 32 WoVG)*

¹ Werden selbständige Leistungen vergeben, ist vertraglich sicherzustellen, dass

- a) Wirkungsziele und Resultate mess- und überprüfbar sind und evaluiert werden;
- b) die geforderte Qualität erreicht wird;
- c) der Rechtsschutz gewährleistet ist.

² Der Regierungsrat entscheidet über die Vergabe von Teilleistungen an Dritte, welche den Betrag von 50'000 Franken übersteigen.

§ 22. *Selbständige Leistung (§ 32 WoVG)*

Selbständige Leistungen im Sinne von § 32 WoVG sind als Produkte definiert oder bilden eine Leistungseinheit, die vom Empfänger genutzt werden kann und sich als Kostenträger eignet (§ 11 WoVG). Sie werden von Dritten unter eigener Verantwortung erbracht.

§ 23. *Teilleistung (§ 32 WoVG)*

Teilleistungen umfassen einen wesentlichen Beitrag zu einer selbständigen Leistung, der unter der Verantwortung einer Dienststelle von Dritten erbracht wird. Die blosser Erfüllungshilfe gilt nicht als Teilleistung.

§ 24. *Bestimmung und Verteilung der Overheadkosten*

Der Regierungsrat legt jährlich die Overheadkosten und deren Verteilung auf die Erbringer staatlicher Leistungen fest.

§ 25. *Interne Leistungsbezüge und -verrechnungen (§ 33 WoVG)*

¹ Der Regierungsrat entscheidet periodisch über die intern zu beziehenden Leistungen und über die Verrechnungspreise.

² Der Aufwand für interne Verrechnungen ist auf ein Minimum zu beschränken. Wenn immer möglich sind Pauschalabgeltungen vorzusehen.

³ Als anrechenbare Kosten nach § 33 Absatz 4 WoVG gelten die Kosten der Produktgruppenrechnung nach § 20 Absatz 2 dieser Verordnung.

§ 26. *Mitberichtsverfahren*

¹ Zur Vorbereitung der Regierungsratsbeschlüsse lädt das antragstellende Departement jene Departemente zum Mitbericht ein, die einen sachlichen Bezug zum Geschäft haben.

² Dem Finanzdepartement werden alle Geschäfte mit finanziellen Auswirkungen zum Mitbericht unterbreitet.

5. Haushaltführung

5.1 Rechnungslegung und Zuständigkeiten

§ 27.¹⁾ *Haushaltführung und Organisation des Rechnungswesens*

Das Finanzdepartement sorgt für ein zweckmässiges, gesetzeskonformes und revisionsssicheres Rechnungswesen.

§ 28. *Rechnungsarten (§ 35 WoVG)*

¹ Die finanzwirtschaftliche Rechnung setzt sich zusammen aus der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung und der Bilanz.

² Die betriebswirtschaftliche Rechnung basiert auf der Erfolgs- und der Investitionsrechnung. Die Erfolgsrechnung wird ergänzt mit den internen Verrechnungen sowie den Abgrenzungskosten.

³ Die Produktegruppenrechnung gibt je Produktegruppe Auskunft

- a) auf der Finanzseite über die Kosten, die Erlöse und den Saldo
- b) auf der Leistungsseite über die Ziele, die Indikatoren und die Standards.

§ 29. *Investitionsrechnung (§ 39 WoVG)*

Investitionsausgaben von mehr als 50'000 Franken für den gleichen Gegenstand sind der Investitionsrechnung zu belasten.

§ 30. *Spezialfinanzierungen (§ 43 WoVG)*

Verlustvorträge nach § 43 Absatz 3 WoVG sind durch zukünftige Ertragsüberschüsse der Spezialfinanzierungen in der Regel innert 3 Jahren nach der erstmaligen Bilanzierung abzutragen.

§ 31. *Anhang (§ 45 WoVG)*

Der Anhang der Jahresrechnung enthält insbesondere

- a) einen Hinweis auf das zugrunde liegende Regelwerk und die Abweichungen davon;
- b) eine Beschreibung des Rechnungskreises der Jahresrechnung;
- c) die Bürgschaften, Eventualverpflichtungen und –guthaben sowie Pfandbestellungen zugunsten Dritter;
- d) die nichtbilanzierten Leasingverpflichtungen;
- e) die Verbindlichkeiten gegenüber Vorsorgeeinrichtungen;
- f) die Beteiligungen und Darlehen des Finanz- und Verwaltungsvermögens;
- g) die mittel- und langfristigen Schulden;
- h) die Rückstellungen und Reserven;
- i) die zugesicherten, noch nicht ausbezahlten Staatsbeiträge nach Aufgabenbereichen;
- j) die Mietverträge mit einer Laufzeit von 20 und mehr Jahren;

¹⁾ § 27 Fassung vom 2. März 2009.

- k) die Finanzinstrumente;
- l) ergänzende Informationen zu Positionen der Jahresrechnung sowie zusätzliche Angaben, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von Bedeutung sind.

§ 32.¹⁾ *Beteiligungsstrategie und Public Corporate Governance*

¹ Der Regierungsrat beschliesst auf Antrag des Finanzdepartements die Beteiligungsstrategie und die Grundsätze der Public Corporate Governance.

² Das Finanzdepartement berichtet jährlich über die Einhaltung der Vorgaben sowie über die Verpflichtungen des Kantons aus Gewährleistungen gegenüber Dritten und beantragt dem Regierungsrat allfällige Massnahmen.

§ 33. *Bewertungsgrundsätze (§ 46 WoVG)*

¹ Wird Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen übertragen, ist diesem neben dem Beschaffungs- oder Herstellungswert eine angemessene Verzinsung zu belasten. Der Übertragungswert darf den Verkehrswert nicht übersteigen.

² Die Verluste oder die Veräusserungsgewinne aus den vorsorglich erworbenen Liegenschaften aus Mitteln einer Spezialfinanzierung sind dieser zu belasten oder gutzuschreiben.

³ Vermögenswerte, die zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht benötigt werden, sind vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen zu übertragen und neu zu bewerten.

⁴ Vermögenswerte sind an Dritte zum Verkehrswert zu veräussern, soweit keine öffentlichen Interessen eine Vergünstigung rechtfertigen.

⁵ Der Regierungsrat beschliesst einheitliche Kriterien zur Bewertung des Finanzvermögens. Er bestimmt gestützt darauf alle vier Jahre den Verkehrswert des Finanzvermögens.

§ 34. *Besondere Rechnungsmodelle (§ 49 WoVG)*

Der Regierungsrat kann die Führung eines besonderen Rechnungsmodells bewilligen, wenn rechtliche, betriebliche oder branchenspezifische Vorgaben es erfordern.

5.2 Ausgaben, Ausgabenbewilligungen

§ 35. *Vollzug Voranschlag*

¹ Die Departemente können über ihre Voranschlagskredite selbständig verfügen, sofern die einzelne Ausgabe den Betrag von 100'000 Franken nicht übersteigt oder Betrag und Empfänger eindeutig bestimmt sind. Für die Vergabe von Teilleistungen gilt § 21 Abs. 2.

² Die Departemente können ihre Befugnisse nach Absatz 1 vollständig oder teilweise an ihre Dienststellen delegieren.

¹⁾ § 32 Fassung vom 2. März 2009.

115.11

5.3 Kreditwesen

§ 36. *Leasing*

Leasingverträge bedürfen der Zustimmung des Regierungsrates oder des Kantonsrates. Die Ausgabenbefugnis bestimmt sich nach der Summe der vereinbarten jährlichen Leasingraten.

§ 37. *Zuweisung von Verbesserungen gegenüber der Saldovorgabe in die Reserven und deren Verwendung (§ 58 WoVG)*

¹ Verbesserungen der Saldovorgaben nach § 58 Absatz 3 Buchstaben a) und b) WoVG gelten als zweckgebundene Globalbudgetreserven. Die Dienststellen haben die Zuweisung zu begründen.

² Die zweckgebundenen Globalbudgetreserven nach Absatz 1 dürfen nur für das ursprünglich vorgesehene Projekt oder die ursprünglich vorgesehenen Leistungen verwendet werden. Wird ganz oder teilweise auf das Projekt oder auf die Leistungserbringung verzichtet oder werden diese mit andern Mitteln finanziert, werden die nicht beanspruchten zweckgebundenen Reserven zugunsten der allgemeinen Staatsrechnung aufgelöst.

³ Die Verwendung der zweckgebundenen Globalbudgetreserven ist im Nachtragskreditverfahren nach § 59 Absatz 4 Buchstabe c) WoVG zu bewilligen.

⁴ Verbesserungen gegenüber der Saldovorgabe nach § 58 Absatz 3 Buchstabe c) WoVG weist der Regierungsrat den nicht zweckgebundenen Reserven zu, sofern die Dienststelle nachzuweisen vermag, dass sie alle Produktegruppenziele erreicht hat. Soweit die Ziele einer Produktegruppe nicht erreicht sind, verfallen in der Regel die entsprechenden Verbesserungen gegenüber der Saldovorgabe.

⁵ Die nicht zweckgebundenen Globalbudgetreserven dienen den Dienststellen zur Deckung unvorgesehener Aufwände und Ertragsausfälle bei der Erfüllung des Leistungsauftrages. Die Reserveverwendung ist im Nachtragskreditverfahren nach § 59 Absatz 4 Buchstabe c) WoVG zu bewilligen.

§ 38. *Übertrag der Globalbudgetreserven am Ende der Globalbudgetperiode*

Der Regierungsrat überträgt am Ende der Globalbudgetperiode

- a) zweckgebundene Globalbudgetreserven nach § 37 Absatz 1 vollumfänglich und
- b) nicht zweckgebundene Globalbudgetreserven nach § 37 Absatz 4 in der Regel zur Hälfte auf die neue Globalbudgetperiode.

§ 39. *Verpflichtungskreditkontrolle (§ 56 WoVG)*

¹ Wer über einen Verpflichtungskredit nach § 56 Abs.1 lit. a) WoVG verfügt, führt eine Verpflichtungskreditkontrolle.

² Der Verpflichtungskredit ist brutto abzurechnen, sobald das Vorhaben abgeschlossen ist und die Beiträge Dritter eingegangen sind, das Vorhaben aufgegeben oder innert 5 Jahren nach Beschluss des Kantonsrates keine Verpflichtungen eingegangen worden sind.

³ Der Regierungsrat genehmigt die Abrechnung.

§ 40.¹⁾ *Bewilligung von Nachtragskrediten (§ 59 WoVG)*

Das Amt für Finanzen bewilligt Nachtragskredite nach § 59 Absatz 4 WoVG. Davon ausgenommen sind Nachtragskredite nach § 59 Absatz 4 Buchstabe a, welche den Betrag von 100'000 Franken übersteigen.

5.4 Internes Kontrollsystem

§ 41. *Allgemein*

Die Dienststellen haben alle notwendigen organisatorischen Massnahmen zu treffen, um die Verwaltungsprozesse und -tätigkeiten effektiv, effizient und sicher abzuwickeln, die Zuverlässigkeit der Finanz- und Führungsdaten zu gewährleisten und die Gesetze und Verordnungen einzuhalten.

§ 42. *Visumsregelung für Ausgaben*

¹ Jeder Ausgabenbeleg muss von zwei, von den Dienststellen zu bestimmenden Personen visiert werden.

² Belege in eigener Sache sind von der vorgesetzten Stelle zu visieren.

³ Das Finanzdepartement legt die Aufgaben der visumsberechtigten Personen und das Verfahren fest.²⁾

§ 43. *Kontrollsystem für Einnahmen*

Die Dienststellen stellen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Einnahmen mit einem zweckmässigen Kontrollsystem sicher.

5.5 Vermögensverwaltung und Zahlungsverkehr

§ 44.³⁾ *Vermögensverwaltung, Zahlungsverkehr und Inventarisierung*

Das Finanzdepartement regelt und leitet die Vermögensverwaltung, den Zahlungsverkehr und die Inventarisierung.

§ 45. *Anlagen und Fremdmittelaufnahme*

¹ Das Finanzdepartement unterzeichnet Schuldverpflichtungen zur Aufnahme von mittel- und langfristigen Mitteln.

² Das Amt für Finanzen plant die Tresorerie, beschafft die kurzfristigen Mittel zur Erhaltung der ständigen Zahlungsbereitschaft und sorgt für die zinsgünstige Anlage der Gelder des Finanzvermögens.

³ Der Regierungsrat erlässt ein Reglement für die Tresorerie.⁴⁾

§ 46. *Annahme von Schenkungen und Legaten*

Der Regierungsrat beschliesst über die Annahme von Schenkungen und Legaten.

¹⁾ § 40 Fassung vom 2. März 2009.

²⁾ § 42 Absatz 3 Fassung vom 2. März 2009.

³⁾ § 44 Fassung vom 2. März 2009.

⁴⁾ § 45 Absatz 3 angefügt am 2. März 2009.

6. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 47. Änderung von Erlassen

a) Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung vom 11. April 2000¹⁾

§ 4 Absatz 1 lautet neu:

¹⁾ Der Regierungsrat fasst seine Beschlüsse in der Regel gestützt auf schriftliche Erwägungen und Anträge der Departemente sowie nach abgeschlossenem Mitberichtsverfahren nach § 23 Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung.

§ 10 lautet neu:

§ 10. *Organisation des Departementes*

Der Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin bestimmt die Grundzüge der Organisation des Departementes und der Ämter.

§ 13 lautet neu:

§ 13. *Organisation des Amtes*

Der Chef oder die Chefin des Amtes bestimmt die Detailorganisation des Amtes.

Die §§ 5, 11, 12, 14 und 15 sind aufgehoben.

b) Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 17. Dezember 1996²⁾

§ 9 Abs. 3 Buchstabe a) lautet neu:

Für Aufträge bis zu 100'000 Franken: das in der Sache verantwortliche Departement.

c) Weisung über das Mitberichtsverfahren und die Folgekosten von Kreditvorlagen vom 23. Februar 1982³⁾

Die Weisung über das Mitberichtsverfahren und die Folgekosten von Kreditvorlagen vom 23. Februar 1982 ist aufgehoben.

¹⁾ GS 95, 112 (BGS 122.112).

²⁾ GS 93, 1307 (BGS 721.55).

³⁾ GS 89, 20 (BGS 611.223).

§ 48. Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt mit Ausnahme der in Absatz 2 aufgeführten Bestimmungen am 1. Januar 2005 in Kraft.¹⁾

² Die §§ 10, 11, 12 und 13 treten rückwirkend am 1. Juli 2004 in Kraft.

³ Vorbehalten bleibt das Einspruchsrecht des Kantonsrates.

Die Einspruchsfrist ist am 16. September 2004 unbenutzt abgelaufen.
Publiziert im Amtsblatt vom 1. Oktober 2004.

¹⁾ Inkrafttreten der Änderungen vom:
- 2. März 2009 am 1. Mai 2009.